

Mündliche Anfragen

für die Fragestunden der 38. und 39. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 24. August und Freitag, dem 25. August 2017

1. Abgeordnete

**Bettina Brück,
Giorgina Kazungu-Haß
und Astrid Schmitt (SPD)**

Ferienbetreuung in den Sommerferien 2017

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Sie fördert seit Jahren entsprechende Maßnahmen der Kommunen und Landkreise zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen in den Ferien. Damit jedes Kind einen Ferienbetreuungsplatz erhält, wenn dieser benötigt wird, wurde die Fördersumme dafür mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 deutlich von bisher 300 000 auf 750 000 Euro für das Jahr 2017 und auf 1 Million Euro für 2018 erhöht. Außerdem wurden gemeinsam mit den kommunalen Partnern neue Förderkriterien entwickelt, insbesondere um das Antragsverfahren zu vereinfachen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie wird sich die Zahl der vom Land geförderten Ferienbetreuungsmaßnahmen in 2017 im Vergleich zu 2016 aufgrund der von den 41 Jugendämtern vorgelegten Kosten- und Finanzierungspläne verändern?
2. Wie hoch ist die Zahl der vom Land geförderten Ferienbetreuungsmaßnahmen in den Sommerferien 2017 nach den vorgenannten Plänen, absolut und prozentual?
3. Wie bewertet die Landesregierung den Start des neuen Förderprogramms?

2. Abgeordnete

**Anke Beilstein und
Gordon Schnieder (CDU)**

Entwicklung der Kommunalfinanzen in Rheinland-Pfalz

Nach einer neuen Studie der Bertelsmann-Stiftung sind gerade die rheinland-pfälzischen Städte und Gemeinden durch hohe Kassenkredite belastet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Gründe sind nach Auffassung der Landesregierung ausschlaggebend für die schlechte Kassenlage der rheinland-pfälzischen Kommunen?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass die rheinland-pfälzischen Kommunen im bundesweiten Vergleich durch besonders hohe Kassenkredite belastet sind?
3. Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung eine Verbesserung der Kassenlage bei den rheinland-pfälzischen Kommunen erreichen?

Die Mündliche Anfrage Nr. 8 ist fristgerecht für die 39. Plenarsitzung am 25. August 2017 eingegangen.

**3. Abgeordneter
Damian Lohr (AfD)**

Personelle Überlastung der Justizbehörden

Der Deutsche Richterbund und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) warnten am 1. August 2017 bei einer Tagung in Berlin vor einer Handlungsunfähigkeit des Rechtsstaates. Der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes Jens Gnisa sagte: „Die Probleme sind erheblich, es knatsche in der Strafjustiz an allen Ecken und Enden.“ Wegen der Überlastung der Justiz mussten Strafverfahren eingestellt und Angeklagte aus der Untersuchungshaft entlassen werden, weil die Verfahren zu lange dauern. Der Koblenzer Generalstaatsanwalt Dr. Jürgen Brauer hat bereits im November 2016 für die vier Staatsanwaltschaften des Nordbezirks in Rheinland-Pfalz wegen der bestehenden Arbeitsüberlastung erwogen, Strafsachen künftig nur noch konsequent anhand einer Prioritätenliste abzuarbeiten. Schwerwiegende Straftaten, etwa Tötungs- und Sexualdelikte, Taten mit terroristischem Hintergrund oder Fälle von schwerer Wirtschaftskriminalität, würden demnach vorrangig behandelt. In der Sitzung des Rechtsausschusses vom 3. November 2016 teilte Herr Justizminister Herbert Mertin mit, dass nach eigenen Berechnungen des Ministeriums in der rheinland-pfälzischen Justiz 74 Richter und 23 Staatsanwälte fehlen. Noch größere Personallücken gibt es bei den Rechtspflegern. Beim Verwaltungsgericht in Trier hat sich die Anzahl von Asylverfahren in den ersten sieben Monaten dieses Jahres fast verdreifacht: Von 3 350 in 2016 auf 9 500. Der Stapel der noch nicht bearbeiteten Verfahren beläuft sich auf knapp 10 000 Asylsachen. Im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grünen und FDP wurde festgehalten, dass durch Personalplanung die effektive Arbeit der Justiz gewährleistet wird.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Was hat die Landesregierung im Hinblick auf die Beschwerden zur personellen Überlastung der Justizbehörden seither unternommen, um dem im Koalitionsvertrag manifestierten Anspruch gerecht zu werden?
2. Was wird unternommen, um eine zeitgerechte Bearbeitung beim Verwaltungsgericht Trier zu gewährleisten?
3. Wie viele Untersuchungsgefangene wurden in den Jahren 2015, 2016 und 2017 aus der Haft entlassen, weil das Ermittlungsverfahren zu lange dauerte?

**4. Abgeordnete
Marco Weber und
Steven Wink (FDP)**

Änderungen im EPLR EULLE

Der EULLE-Begleitausschuss kommt regelmäßig zusammen, um das EPLR EULLE zu begleiten und wenn notwendig Anpassungen vorzuschlagen und Weiterentwicklungen zu initiieren. In der letzten Sitzung am 27. Juni wurden mehrere Änderungsvorschläge diskutiert, die auch für die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz von Relevanz sind.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie wird der Anpassungsbedarf des Entwicklungsprogramms EPLR EULLE insgesamt beurteilt?
2. Welche Programmänderungen hat der EULLE-Begleitausschuss beschlossen?
3. Welche sonstigen Anpassungen hat der EULLE-Begleitausschuss beschlossen?
4. Wie sehen jetzt die nächsten Schritte auf Landes- und EU-Ebene aus?

**5. Abgeordneter
Andreas Hartenfels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Beitritt zum Klimaschutz-Netzwerk Under 2 MOU

Die weltweiten Bemühungen für den Klimaschutz haben jüngst durch den Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen einen schweren Dämpfer erhalten. Dass nun Rheinland-Pfalz am 14. September 2017 dem weltweiten Klimaschutz-Netzwerk Under 2 MOU beitreten wird, ist ein wichtiger Schritt, um die Interessen der Weltgemeinschaft zu schützen. Dem Netzwerk gehören bereits knapp 177 Regionen, Städte und Gemeinden aus 37 Ländern an, die sich zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens bekennen und die weltweite Erwärmung auf maximal 2° Celsius begrenzen wollen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Mit welcher Intention hat die Landesregierung den Beitritt zu dem Klimaschutz-Netzwerk Under 2 MOU beschlossen?
2. Welche Impulse erwartet die Landesregierung durch den inhaltlichen Austausch der Mitglieder des Netzwerks?
3. Welche rheinland-pfälzischen Maßnahmen in der Klimaschutzpolitik sieht die Landesregierung durch den Beitritt zu dem Netzwerk gestärkt?
4. Wie viele Städte und Kommunen in Rheinland-Pfalz haben bereits einen Klimaschutzplan erstellt?

**6. Abgeordnete
Alexander Licht und
Martin Brandl (CDU)**

Verrechnungen mit dem Kaufpreis für den Verkauf des Flughafens Frankfurt-Hahn

Das Land hat seinen Anteil an der Flughafen Hahn GmbH an eine „Enkelgesellschaft“ der chinesischen Firmengruppe HNA für rund 15 Mio. Euro veräußert. Gleichzeitig wurde vereinbart, dass dieser Kaufpreis mit den in Anspruch genommenen Mitteln aus dem Kredit des Landes an die FFHG verrechnet wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welcher Betrag wurde von der FFHG aus dem Landeskredit i. H. v. 34 Mio. Euro bis zum Wirksamwerden des Kaufvertrages mit der HNA in Anspruch genommen?
2. Inwieweit wurde dieser Betrag mit dem Kaufpreis verrechnet und auf welchen Betrag beläuft sich der Erlös aus dem Verkauf der Anteile an der FFHG nach Abzug dieses Betrages?
3. Was soll mit dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil des Darlehens geschehen?

**7. Abgeordnete
Daniel Schäffner und
Jörg Denninghoff (SPD)**

Stand der IT-Sicherheit in Rheinland-Pfalz

Am 4. Juli 2017 wurde der Verfassungsschutzbericht des Bundes der Öffentlichkeit vorgestellt. Darin warnt der Verfassungsschutz vor systematischen Hackerangriffen auf die deutsche Politik und die Bundesverwaltung. Russland und China, aber auch der Iran oder die Türkei wurden vermehrt als Angreifer verzeichnet. Daraus folgend weist der Verfassungsschutz auf die Gefahr hin, dass eine Beeinflussung der bevorstehenden Bundestagswahl 2017 durch Cyber-Attacken möglich sei.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den aktuellen IT-Sicherheitsstand des rheinland-pfälzischen Landesnetzes (rlp-Netz) im Hinblick auf eine mögliche Cyber-Sabotage der Bundestagswahl?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um einer Beeinflussung der Bundestagswahl durch gezielte Desinformationskampagnen, Propaganda usw. über soziale Medien vorzubeugen?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um aktuelle Angriffe wie beispielsweise durch Ransomware auf die Wahlrechner abzuwehren?

**8. Abgeordnete
Matthias Joa und
Jürgen Klein (AfD)**

Geplantes Gefahrstofflager der US-Armee in Germersheim

Die Intransparenz rund um das geplante Lager zwecks Lagerung von Gefahrstoffen schlägt rund um Germersheim hohe Wellen, eine Bürgerinitiative hat sich gegründet. Neben einer Versiebzugfachung der Kapazität auf 1 700 Tonnen und stark zunehmendem Lkw-Verkehr sollen darüber hinaus bis zu 50 Tonnen hochgiftige Stoffe gelagert werden. Die Lagerung der hochgiftigen Stoffe nahe am Lingenfelder Wohngebiet verunsichert die Bevölkerung. Die Landesregierung möchte sich laut Pressebericht für die freiwillige Anwendung der Störfallverordnung einsetzen. An das US-Depot schließt sich das FFH-Schutzgebiet „Bellheimer Wald“ und die „Queichtalwiesen“ an. Viele geschützte Arten haben dort ihren Lebensraum.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wirkt die Landesregierung bei den US-Partnern darauf hin, auf die Lagerung von 50 Tonnen hochgiftiger Stoffe (neben der Anwendung der Störfallverordnung) freiwillig zu verzichten?
2. Wie beurteilt die Landesregierung den sich bei einer Genehmigung durch die Behörden abzeichnenden massiv zunehmenden Lkw-Verkehr in Germersheim und Umgebung?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Errichtung eines Großlagers für Gefahrstoffe auf einer direkt zu einem FFH-Schutzgebiet angrenzenden Gemarkung?
4. Hat die Landesregierung Kenntnis von beabsichtigten weiteren Baumaßnahmen, Erweiterungen oder Nutzungsänderungen im US-Depot Germersheim?

9. Abgeordnete
Thomas Roth und
Marco Weber (FDP)

Verbesserung des Europäischen Strafregisters (ECRIS-TCN)

Das Thema Innere Sicherheit beschäftigt die Menschen auch in Rheinland-Pfalz. Die Europäische Kommission hat nun einen Verordnungsentwurf für die Verbesserung des Europäischen Strafregisters (ECRIS-TCN) vorgelegt. Dieser sieht insbesondere vor, für jeden verurteilten Drittstaatenangehörigen zeitnah nach der Verurteilung zentral einen Datensatz mit festgelegten Angaben anzulegen. Hierzu gehören beispielsweise Fingerabdruck-Daten, Vor- und Nachname, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Namen der Eltern, gegebenenfalls frühere Namen, Pseudonyme und/oder Aliasnamen sowie der Code des Urteilsmitgliedstaats.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung von ECRIS-TCN für die Strafverfolgung in Europa und in Rheinland-Pfalz im Besonderen?
2. Wie funktioniert der Datenaustausch bisher?
3. Wie wird sich ECRIS-TCN auf die rheinland-pfälzische Justiz auswirken?
4. Wird es zu einem höheren Arbeitsaufwand führen?

10. Abgeordnete
Andreas Hartenfels und
Jutta Blatzheim-Roegler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stickoxidbelastung senken – E-Mobilität fördern

Die Elektromobilität gewinnt als Teil einer umweltverträglichen Verkehrswende an wachsender Bedeutung. Der Diesel-Skandal zeigt, dass bei der Problematik um das Thema Stickoxidbelastung das Elektroauto insbesondere für die Städte einen Teil zur Lösung beitragen kann. Darüber hinaus können Elektromotoren zu einer Minderung der Lärmbelastung führen.

Die Landesregierung hat bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Elektromobilität in Rheinland-Pfalz zu fördern.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Möglichkeiten zur Minderung der Stickoxid-Emissionen und der Lärmbelastung sieht die Landesregierung durch den Einsatz von Elektrofahrzeugen in den rheinland-pfälzischen Großstädten?
2. Welches Potenzial und welche Aufgabenträgerschaft (z. B. Energieagentur) sieht die Landesregierung in den im Kontext des „Nationalen Forums Diesel“ angekündigten Förderprogrammen u. a. für die Busnachrüstung und die Umstellung gewerblicher und kommunaler Flotten in Rheinland-Pfalz?
3. Welche Rolle spielen für den Ausbau der E-Mobilität die Lotsenstelle für alternative Antriebe und das Forschungsprojekt „Tankstelle 2.0“ der Technischen Universität Kaiserslautern?
4. Inwieweit sieht die Landesregierung Möglichkeiten zur Änderung der Dienstkraftfahrzeug-Richtlinie, um die Beschaffung von Elektrofahrzeugen in der Landesverwaltung zu ermöglichen?

11. Abgeordnete
Matthias Lammert und
Adolf Kessel (CDU)

Kampf gegen den Linksextremismus

Nach den gewalttätigen Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg ist die Debatte über die Gefahren, die vom Linksextremismus ausgehen, neu entfacht. Innenminister Lewentz hatte nach den Ausschreitungen im Fernsehmagazin „Berlin direkt“ vorgeschlagen, Veranstaltungen mit diesem Format nicht mehr in Deutschland durchzuführen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus den gewalttätigen Ausschreitungen von Linksextremisten beim G20-Gipfel in Hamburg?
2. Teilt die Landesregierung die Schwerpunktsetzung von Bundesfamilienministerin Barley, die Mittel zur Bekämpfung gegen Rechtsextremismus weiter zu erhöhen, während für die Bekämpfung des Linksextremismus derartiges nicht bekannt ist?
3. Plant die Landesregierung die Mittel zur Bekämpfung gegen Linksextremismus zu erhöhen?
4. Inwieweit ist es nach Auffassung der Landesregierung eine angemessene Reaktion eines Rechtsstaates, aufgrund gewalttätiger Ausschreitungen von Linksextremisten zukünftig keine Veranstaltungen im Format eines G20-Gipfels mehr in Deutschland durchzuführen?

- 12. Abgeordnete**
Bettina Brück,
Alexander Fuhr und
Johannes Klomann (SPD)
- Zweiter Runder Tisch zu MINT-Fächern**
Am 22. August 2017 findet der zweite von Bildungsministerin Dr. Hubig initiierte Runde Tisch zur Förderung von Kindern und Jugendlichen im Bereich „MINT“ (Mathematik-Informatik-Naturwissenschaften-Technik) statt.
Wir fragen die Landesregierung:
1. Wer hat an dem Runden Tisch teilgenommen?
 2. Was sind die Ergebnisse des Treffens?
 3. Welche nächsten Schritte des „Runden Tisches MINT“ sind geplant?
 4. Hat die Landesregierung am Girls‘ Day teilgenommen?
- 13. Abgeordnete**
Dorothea Schäfer und
Reinhard Oelbermann
(CDU)
- Ergebnisse des Bildungsmonitors zur Forschungsorientierung in Rheinland-Pfalz**
In diesem Jahr ist Rheinland-Pfalz im Bereich Forschungsorientierung auf dem letzten Platz gelandet.
Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie hat sich der Anstieg der Drittmittelwerbungen in Rheinland-Pfalz in den vergangenen zehn Jahren prozentual im Bundesvergleich entwickelt?
 2. Wie hat sich die Zahl der Promotionen und Habilitationen in Rheinland-Pfalz in den vergangenen zehn Jahren prozentual im Bundesvergleich entwickelt?
 3. Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung der unterdurchschnittlichen Forschungsorientierung in Rheinland-Pfalz entgegenwirken?
- 14. Abgeordnete**
Kathrin Anklam-Trapp
und Dr. Tanja Machalet
(SPD)
- Modellprojekt „Gemeineschwester^{plus}“**
Wie einem Pressebericht der dpa vom 10. August 2017 zu entnehmen ist, wird das Projekt Gemeineschwester^{plus} seit Juli 2015 in neun kommunalen Gebietskörperschaften als ein neues Angebot für sehr alte Menschen erprobt, die noch selbstständig leben und wohnen und in ihrem aktuellen Lebensabschnitt noch keine Pflege brauchen. Durch aufsuchende und präventive Beratung sollen diese hochbetagten Menschen dabei unterstützt werden, ihre Selbstständigkeit möglichst lange zu erhalten.
Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Wie wird die Erreichbarkeit der Zielgruppe durch Hausbesuche der Gemeineschwester^{plus} in den Modellregionen der neun Gebietskörperschaften nach zwei Jahren Modellphase eingeschätzt?
 2. Welche Auswirkungen hat die Projektarbeit der Gemeineschwester^{plus} auf die Pflegestützpunkte in Rheinland-Pfalz?
 3. Wie wird die Arbeit von den relevanten Partnern eingeschätzt?
 4. Strebt die Landesregierung eine Verstärkung des Angebots der präventiven Beratung der Gemeineschwester^{plus} an?
- 15. Abgeordnete**
Simone Huth-Haage und
Dirk Herber (CDU)
- Auswirkungen der aktuellen Pläne von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Ehegattensplitting abzuschaffen (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung – FAS, 20. August 2017)**
Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie viele Ehen gibt es insgesamt in Rheinland-Pfalz?
 2. Wie viele Ehen mit minderjährigen Kindern gibt es in Rheinland-Pfalz?
 3. Wie bewertet die Landesregierung den vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) prognostizierten Mehraufwand der Finanzämter im Falle einer Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten einer Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag?
 4. Unterstützt die Landesregierung die Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten einer Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag vor dem Hintergrund, dass dies nach Berechnungen des DIW eine Mehrbelastung der Ehen und Familien in Rheinland-Pfalz von rund 750 Mio. Euro jährlich bedeuten würde?

**16. Abgeordneter
Dr. Peter Enders (CDU)**

Personalprobleme im Bereich der Pflege auf Intensivstationen

Nach aktuellen Berichten hat mehr als die Hälfte der Kliniken in Deutschland Probleme, Intensivpflegerinnen und Intensivpfleger zu finden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zur Personalsituation der Intensivpflege in Rheinland-Pfalz?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Situation im Hinblick auf Auswirkungen auf den Klinikbetrieb?
3. Inwieweit hält sie vor dem Hintergrund der aktuellen Situation ihre Aussage aufrecht, Rheinland-Pfalz sei „bei der pflegerischen Versorgung gut aufgestellt“ (Pressemeldung vom 10. Mai 2017)?

**17. Abgeordnete
Nico Steinbach und
Ingeborg Sahler-Fesel
(SPD)**

Fipronil belastete Eier in Rheinland-Pfalz

Auch in Rheinland-Pfalz wurden aktuellen Erkenntnissen zufolge 129 Betriebe mit Fipronil belasteten Eiern beliefert. Neuste Schätzungen gehen davon aus, dass bundesweit rund 10,7 Millionen belastete Eier aus den Niederlanden importiert wurden. Das Insektizid ist in hohen Dosen schädlich für die Gesundheit.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Situation in Rheinland-Pfalz?
2. Wie viele belastete Eier wurden nach derzeitigem Erkenntnisstand nach Rheinland-Pfalz geliefert?
3. Wurde auch in rheinland-pfälzischen Betrieben Fipronil eingesetzt?
4. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um in Zukunft noch frühzeitiger Lebensmittelverunreinigungen zu erkennen?

**18. Abgeordnete
Anke Beilstein und
Marion Schneid (CDU)**

Äußerung der Bildungsministerin zu Schreiben nach Gehör zum Schuljahresanfang

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Zahl der Schulen entwickelt, die ausschließlich bzw. bis zur zweiten Klasse nach der Methode Schreiben nach Gehör arbeiten?
2. Inwieweit bleibt es rheinland-pfälzischen Grundschulen wirklich überlassen, die Methode Schreiben nach Gehör nicht anzuwenden, wenn im Teilrahmenplan Deutsch auf Seite 17 ausdrücklich der Respekt des Lehrers vor der lautgetreuen Schreibweise des Schülers verlangt wird?
3. Wie hat sich in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Schüler mit diagnostizierter Rechtschreibschwäche in der Sekundarstufe I entwickelt?
4. Überdenkt die Landesregierung angesichts der kritischen Haltung einer zunehmenden Zahl an Landesregierungen zu Schreiben nach Gehör ihre Position?

**19. Abgeordnete
Barbara Schleicher-
Rothmund und
Andreas Rahm (SPD)**

Gefahrstofflager der US-Streitkräfte im Kreis Germersheim

Das Gefahrstofflager im Kreis Germersheim soll erweitert werden. Die US-Streitkräfte planen das Lagervolumen von 70 Tonnen auf nunmehr 1 900 Tonnen aufzustocken. Einige der zukünftig eingelagerten Stoffe und Gemische gelten nach der Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) als giftig. Die Menschen vor Ort sind verunsichert und sehen immense Umwelt- und Sicherheitsrisiken für die Region.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Erweiterung des Gefahrstofflagers im Kreis Germersheim?
2. Wie schätzt die Landesregierung das hiervon ausgehende Risiko für die Region ein?
3. Welche Handlungsspielräume hat die Landesregierung, um auf die Erweiterung Einfluss zu nehmen?

20. Abgeordnete
Christian Baldauf und
Gabriele Wieland (CDU)

Umsetzung des Landesgesetzes über lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte

Seit der Verabschiedung des Gesetzes über lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte (LEAPG) am 22. Juli 2015 ist es in Rheinland-Pfalz – unter bestimmten Voraussetzungen – möglich, sogenannte lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte zu gründen. Obwohl sich in mehreren rheinland-pfälzischen Städten entsprechende Initiativen entwickelt haben, konnte bisher noch kein LEAP-Projekt umgesetzt werden. Aktuell fordern verschiedene Vertreter der rheinland-pfälzischen Wirtschaft, auf eine Änderung des LEAPG hinzuwirken.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Worin liegen nach Auffassung der Landesregierung die Gründe dafür, dass sich in Rheinland-Pfalz noch kein LEAP-Projekt gegründet hat?
2. Sieht die Landesregierung hinsichtlich der gesetzlichen Grundlage Handlungs- bzw. Anpassungsbedarf?
3. Ist es aus Sicht der Landesregierung denkbar, dass gerade die ersten LEAP-Projekte – als sogenannte Leuchtturmprojekte – eine finanzielle Förderung erhalten?
4. Wie sind die Zuständigkeiten hinsichtlich einer verlässlichen juristischen und organisatorischen Beratung und Unterstützung für die Initiatoren entsprechender Projekte innerhalb des zuständigen Wirtschaftsministeriums verteilt?

